

BESCHLUSSVORSCHLÄGE DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

der

**Wolftank Group AG
mit dem Sitz in Innsbruck
(die „Gesellschaft“)**

zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 9

- 1. Tagesordnungspunkt 1: Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2025 samt Lagebericht sowie Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist kein Beschlussvorschlag zu erstatten.

- 2. Tagesordnungspunkt 2: Vorlage des Konzernabschlusses zum 31.12.2025 samt Konzernlagebericht:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist kein Beschlussvorschlag zu erstatten.

- 3. Tagesordnungspunkt 3: Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns 2025:**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluss zum 31.12.2025 ausgewiesenen Bilanzverlust in Höhe von EUR 1.709.012,13 auf neue Rechnung vorzutragen.

- 4. Tagesordnungspunkt 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025:**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025 die Entlastung zu erteilen.

- 5. Tagesordnungspunkt 5: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025:**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 die Entlastung zu erteilen.

- 6. Tagesordnungspunkt 6: Beschlussfassung über die Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2026:**

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Crowe LHP GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-

gesellschaft (FN 265115 a), mit dem Sitz in Innsbruck und der Geschäftsanschrift Maria-Theresien-Straße 51-53, 6020 Innsbruck, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2026 zu bestellen.

7. Tagesordnungspunkt 7: Beschlussfassung über die Änderung der Satzung in § 6 Abs 1

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Höchstzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats von derzeit fünf auf sechs zu erhöhen und in diesem Zusammenhang § 6 Absatz 1 der Satzung entsprechend anzupassen, sodass diese Bestimmung künftig wie folgt lautet:

„§ 6 Zusammensetzung, Amtsdauer und Amtsniederlegung

- (1) *Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei bis zu sechs Mitgliedern. Die Wahl erfolgt längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann für Mitglieder des Aufsichtsrats bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen. Die Bestellung eines Nachfolgers eines vor Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds des Aufsichtsrats erfolgt für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds, soweit die Hauptversammlung nichts Abweichendes bestimmt.*

§ 6 Composition, Term of Office and Resignation from Office

- (1) *The supervisory board consists of at least three and up to six members. An election shall be for a maximum period until the end of the shareholders' meeting that resolves on the formal approval of actions for the fourth financial year after the start of the term of office. The financial year in which the term of office starts shall not be included in the calculation. At the election, the shareholders' meeting may determine a shorter term of office for members of the supervisory board. The appointment of a successor for a member of the supervisory board who has retired from office before the expiry of his term of office shall be for the remainder of the term of office of the retiring member, unless the shareholders' meeting decides otherwise."*

8. Tagesordnungspunkt 8: Beschlussfassung über die Wahlen in den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht derzeit aus fünf Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt wurden.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Anzahl der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats von derzeit fünf auf sechs zu erhöhen.

Der Aufsichtsrat schlägt weiters vor, Marcel Jo Maschmeyer, geboren am 25.06.1989, mit Wirkung ab Eintragung der unter Tagesordnungspunkt 7 vorgeschlagenen Änderung des § 6 Abs 1 der Satzung in das Firmenbuch in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen, und zwar bis zum Ablauf jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.

Marcel Jo Maschmeyer, geboren am 25.06.1989, hat eine Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG

samt Lebenslauf abgegeben.

- 9. Tagesordnungspunkt 9: Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 4 sowie Abs 1a und 1b AktG bis zum 12.12.2028, wobei der auf die von der Gesellschaft erworbenen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital gemeinsam mit sonstigen von der Gesellschaft bereits gehaltenen eigenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten darf. Der Erwerb kann über die Börse, durch ein öffentliches Angebot oder auf sonstige gesetzlich zulässige Weise erfolgen. Das Andienungsrecht der Aktionäre (umgekehrtes Bezugsrecht) wird ausgeschlossen.**

In der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 07.06.2024 wurde die Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 1, Z 2 und Z 4 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG beschlossen. Die Ermächtigung gemäß § 65 Abs 1 Z 4 AktG, auf Grund derer die Aktien zum Zweck des Angebots an Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands oder Aufsichtsrats der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens rückerworben werden dürfen, läuft am 06.12.2026 ab.

Aus diesem Grund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, die Hauptversammlung möge zu diesem Tagesordnungspunkt Folgendes beschließen:

Der Vorstand wird zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 4 sowie Abs 1a und 1b AktG bis zum 12.12.2028 ermächtigt, wobei der auf die von der Gesellschaft erworbenen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital gemeinsam mit sonstigen von der Gesellschaft bereits gehaltenen eigenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten darf. Der Erwerb kann über die Börse, durch ein öffentliches Angebot oder auf sonstige gesetzlich zulässige Weise erfolgen. Der niedrigste zu leistende Gegenwert je Aktie darf den anteiligen Betrag des Grundkapitals je Aktie nicht unterschreiten; der höchste zu leistende Gegenwert je Aktie darf den gewichteten durchschnittlichen Börsenschlusskurs der letzten 20 Börsenstage vor Beginn des jeweiligen Rückkaufs um höchstens 20 % überschreiten. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise, einmalig oder mehrfach, auch in mehreren Tranchen sowie zur Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke ausgeübt werden. Das Andienungsrecht der Aktionäre (umgekehrtes Bezugsrecht) wird ausgeschlossen.

Auf den Bericht des Vorstands gemäß § 65 Abs 1 iVm § 170 Abs 2 und § 153 Abs 4 AktG wird verwiesen.

Innsbruck, im Mai 2026

Der Vorstand
Der Aufsichtsrat